

Zug, 4. Mai 2025
ALG Fraktion

Motion

Öffentliche Mittel wirksam einsetzen: angemessene Wohnlösungen statt teure Hotelprovisorien in der Sozialhilfe- und Notunterbringung

Der Regierungsrat soll dem Kantonsrat eine Vorlage unterbreiten, welche die Gemeinden und den Kanton in die Lage versetzt, bei Wohnungslosigkeit, drohendem Wohnungsverlust oder anderweitiger akuter Unterbringungsnot wirtschaftlich, rechtsgleich und menschenwürdig zu handeln. Die Vorlage soll insbesondere folgende Elemente enthalten:

1. Vorrang des Wirtschaftlichkeitsprinzips bei der Unterbringung

Gemeinden sollen bei der Wahl zwischen Hotelunterbringung und Anmietung einer regulären Wohnung jene Lösung bevorzugen, die bei vergleichbarer Eignung für die betroffene Person insgesamt kostengünstiger, stabiler und integrationsfördernder ist.

2. Erweiterter Spielraum bei der Übernahme von Mietkosten in Härtefällen

Es ist eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, wonach in klar definierten Ausnahme- und Härtefällen für eine befristete Dauer Wohnkosten über den üblichen Ansätzen gemäss SKOS-Richtlinien übernommen werden können, sofern dies insgesamt wirtschaftlicher ist als eine Unterbringung in Hotels, Pensionen oder vergleichbaren Provisorien.

3. Bericht zu Kosten, Verfügbarkeit und Handlungsbedarf

Der Regierungsrat hat darzulegen, in welchem Umfang Gemeinden bereits heute auf Hotels oder andere Provisorien ausweichen müssen, welche Kosten dadurch entstehen und welches Einspar- und Entlastungspotential durch reguläre Wohnlösungen oder eigene Immobilien realistisch erreichbar ist.

4. Aufbau eines kantonalen oder interkommunalen Bestands an Not- und Übergangswohnungen

Der Regierungsrat wird beauftragt zu prüfen und aufzuzeigen, wie der Kanton allein oder gemeinsam mit den Gemeinden eigene Immobilien erwerben, erstellen, anmieten oder über Zweckverbände bzw. Trägerschaften betreiben kann, um einen Bestand an Not- und Übergangswohnungen für akute sozialhilferechtliche Unterbringungsfälle zu schaffen.

5. Weitervermietung an Gemeinden bzw. Direktnutzung für Betroffene

Es ist ein Modell vorzulegen, wonach solche Wohnungen den Gemeinden zu kostendeckenden oder teilkostendeckenden Konditionen weitervermietet oder in standardisierten Verfahren für berechnete Personen bereitgestellt werden können.

6. Kriterien, Kontrolle und Befristung

Für die Übernahme erhöhter Mietkosten und für die Nutzung kantonalen bzw. interkommunalen Übergangswohnungen sind klare Kriterien, Höchstdauern, Controlling-Instrumente und Berichtspflichten vorzusehen, damit Fehlanreize vermieden und die Mittel zielgerichtet eingesetzt werden.

Begründung

Heute erleben wir eine paradoxe Situation: Gemeinden dürfen teilweise für Hotels mehrere tausend Franken pro Monat ausgeben, können aber eine deutlich günstigere Wohnung nicht finanzieren, weil diese über den Richtwerten liegt. Das ist weder für die Betroffenen noch für die Steuerzahlenden nachvollziehbar. In einem angespannten Wohnungsmarkt braucht es deshalb einen klar geregelten Spielraum für befristet höhere Mietkosten, wenn diese insgesamt günstiger sind als Hotels. Es braucht zudem einen Bestand an Not- und Übergangswohnungen, den der Kanton allein oder mit den Gemeinden aufbauen kann. Auch im Zusammenhang von Not- und Sozialwohnungen sollen Menschlichkeit, Wirtschaftlichkeit und die Glaubwürdigkeit von staatlichem Handeln erreicht werden können.

Die Wohnungsnot trifft zunehmend auch jene Menschen, die sich in einer akuten sozialen oder persönlichen Krise befinden. Gemeinden sind deshalb immer häufiger gezwungen, Personen und Familien in Hotels unterzubringen. Diese Praxis sichert zwar das verfassungsrechtlich gebotene Existenzminimum und die Nothilfe, ist aber weder auf Dauer wirtschaftlich noch sozial sinnvoll.

Gerade in Fällen, in denen eine reguläre Wohnung vorhanden wäre, entsteht für die Betroffenen wie auch für die Öffentlichkeit ein kaum nachvollziehbarer Widerspruch: Die öffentliche Hand übernimmt hohe Hotelkosten, lehnt aber gleichzeitig eine zwar über dem Richtwert liegende, insgesamt jedoch deutlich günstigere Wohnung ab. Wenn beispielsweise für ein Hotel monatlich rund 5500 Franken bezahlt werden, während eine Wohnung für 3500 Franken nicht finanziert werden darf, ist dies zwar möglicherweise formell durch Richtlinien erklärbar, materiell jedoch schwer vermittelbar.

Diese Diskrepanz untergräbt das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit und Vernunft staatlicher Institutionen. Erfahrungen aus der Praxis im In- und Ausland zeigen, dass die Bevölkerung für sozialstaatliche Hilfe eher Verständnis aufbringt, wenn diese nachvollziehbar, zweckmässig und sparsam ausgestaltet ist. Nicht verstanden wird dagegen, wenn eine unruhige, teure und unzweckmässige Hotellösung finanziert wird, eine stabile und billigere Wohnlösung aber an starren Mietobergrenzen scheitert. Gerade in angespannten Wohnungsmärkten braucht es deshalb einen realitätsnahen und wirtschaftlichen Umgang mit solchen Fällen.

Eine Hotelunterbringung ist oft nicht nur teurer, sondern für die betroffenen Personen belastend. Sie bietet wenig Privatheit, erschwert den Alltag und reduziert die Selbstverantwortung, weil eine selbständige Haushaltsführung wie eigenes Kochen nicht möglich ist, und ist deshalb besonders für Familien oder psychisch belastete Personen ungeeignet. Eine provisorische Unterbringung ausserhalb der Wohnsitzgemeinde kann zusätzlich soziale Netze, Schulwege, Betreuung und medizinische Versorgung erschweren. Eine reguläre Wohnung oder eine geeignete Übergangswohnung schafft demgegenüber mehr Stabilität, fördert Eigenverantwortung und entlastet langfristig auch die Sozialdienste.

Die geltenden Mietzinsrichtwerte erfüllen grundsätzlich eine wichtige Funktion. Sie sollen vermeiden, dass die Sozialhilfe dauerhaft Marktmieten in jedem Umfang übernimmt. Das ist richtig. Problematisch wird es dort, wo in einem akut angespannten Markt selbst angemessene Übergangslösungen oberhalb der Richtwerte liegen, während gleichzeitig teurere Notlösungen faktisch akzeptiert werden müssen. In solchen Konstellationen braucht es einen klar geregelten Härtefallmechanismus mit Befristung, Wirtschaftlichkeitsprüfung und Kontrolle.

Neben einer flexibleren Finanzierung im Einzelfall ist strukturell ein zweiter Schritt nötig: Der Kanton und die Gemeinden sollten sich einen genügen grossen eigenen Bestand an Not- und Übergangswohnungen sichern. Wer ausschliesslich auf den freien Markt angewiesen ist, gerät in Zeiten knappen Wohnraums zwangsläufig in teure, provisorische und für alle Beteiligten unbefriedigende Lösungen. Eigene oder langfristig gesicherte Wohnungen würden Planungssicherheit schaffen, die Gemeinden entlasten und eine menschenwürdigere Unterbringung ermöglichen. Dies ist keine übertriebene Ausweitung staatlicher Aufgaben, sondern eine pragmatische Reaktion auf die Auswirkungen eines angespannten Wohnmarktes und seinen Auswirkungen im unteren Preissegment.

Der Vorstoss verbindet somit drei legitime Anliegen: menschenwürdige Unterbringung statt kostspieliger Provisorien, ein effizienter und nachvollziehbarer Einsatz öffentlicher Mittel und mehr Handlungssicherheit für Gemeinden und Sozialdienste. Eine solche Reform ist sozialpolitisch vernünftig, fiskalisch verantwortbar und politisch kommunizier- und nachvollziehbar.

Im Namen der Fraktion Alternative - die Grünen
Tabea Zimmermann Gibson, ALG-Fraktionschefin, Zug